

Einmarsch der Türkei in Syrien ist völkerrechtswidrig – Rüstungsexporte an die Türkei umgehend stoppen



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

- 1 Am 21. Januar 2018 startete die Türkei mit der „Operation Olivenzweig“ den Einmarsch in die
- 2 nordsyrische Region Afrin, die eines der Rückzugsgebiete für Flüchtlinge und
- 3 Binnenvertriebene in Syrien ist. Unzählige Menschen sind bereits durch den Krieg Assads
- 4 gegen seine eigene Bevölkerung und die barbarischen Verbrechen vom ISIS zur Flucht in genau
- 5 dieses Gebiet gezwungen worden, sie dürfen nicht noch einmal den Horror von Krieg und
- 6 Vertreibung erleben. Der türkische Militäreinsatz richtet sich gegen die YPG den
- 7 militärischen Arm der kurdischen PYD, die die Autonomiebehörde kontrolliert. Doch sind auch
- 8 zivile Opfer zu beklagen. Nach der entscheidenden Schwächung von ISIS, bei der unter anderem
- 9 kurdische Milizen der YPG eine entscheidende Rolle gespielt haben, tritt der Krieg in Syrien
- 10 mit der Invasion in eine erschütternde Gewaltphase ein. Mit dem Einmarsch in Nordsyrien
- 11 gießt Präsident Erdogan Öl in den regionalen Flächenbrand. Bündnis 90 / Die Grünen
- 12 verurteilen diese Invasion als eine Verletzung des Völkerrechts sowie als eine
- 13 unverantwortliche Gewalteskalation. Das militärische Vorgehen der Türkei in Syrien wird die
- 14 Lage dort dramatisch verschlimmern und das Ausmaß der humanitären Katastrophe weiter
- 15 vergrößern. Bereits jetzt befinden sich laut UN-Angaben mehr als 5.000 Menschen auf der
- 16 Flucht vor der türkischen Offensive.
- 17 Der Einmarsch der Türkei ist einerseits innenpolitisch motiviert, er soll von der schlechten
- 18 wirtschaftlichen Entwicklung und der tief gespaltenen Gesellschaft ablenken.. Erdogans
- 19 Außenpolitik der vergangenen Jahre ist krachend gescheitert. Von seinem Ansatz der „null
- 20 Probleme mit den Nachbarn“ ist heute eine Situation voller Konflikte mit fast allen Nachbarn
- 21 geworden. Nach der Aufkündigung der Friedensgespräche mit der PKK und einem
- 22 unverhältnismäßigen militärischen Einsatz auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung im
- 23 Südosten der Türkei hat Erdogan es bisher nicht geschafft, eine tragfähige politische Lösung
- 24 der sogenannten Kurdenfrage anzubieten. Gleichzeitig kritisieren wir auch die Nähe der YPG
- 25 zur PKK, deren Teilorganisationen in der vergangenen Jahren schwere Terroranschläge in der
- 26 Türkei auch gegen Zivilisten verübt haben. Dieses Anheizen der Gewaltspirale wird den
- 27 innertürkischen Konflikt nicht lösen. Wir verurteilen diese Gewalt scharf. Die Verbindungen
- 28 zwischen der YPG und der PKK rechtfertigen jedoch keinen Einmarsch in Syrien, für die Türkei
- 29 sind sie aber ein berechtigter Grund zur Sorge.
- 30 Andererseits nutzt der türkische Einmarsch vor allem den syrischen und russischen
- 31 Kriegsinteressen, denn er richtet sich gegen die innenpolitische Opposition Assads und
- 32 treibt einen Keil zwischen die Türkei und ihre NATO-Partner – allen voran die USA, die
- 33 bislang die kurdischen Einheiten auch mit Waffen unterstützt haben. Damit rückt eine
- 34 politische Lösung des Syrienkonflikts in weite Ferne.

35 Der türkische Einmarsch zeigt zudem auch das Scheitern der deutschen und europäischen
36 Türkeiipolitik auf. Viel zu lange wurde kaum oder viel zu leise Kritik an den zunehmend
37 autokratischen und unberechenbaren Kapriolen der türkischen Innen- und Außenpolitik geübt.
38 Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die EU durch Erdogan erpressbar gemacht. Präsident Erdogan
39 fühlt sich offensichtlich immun genug, um sich eine ganze Reihe innen- und außenpolitischer
40 Eskalationen zu erlauben, ohne laute Kritik aus Berlin und Brüssel befürchten zu müssen. Die
41 Bilder von offenkundig deutschen Leopard-2-Panzern in Syrien sind eine drastische
42 Illustration der fehlgeleiteten deutschen Rüstungsexportpolitik in Krisen- und Konfliktländer
43 der letzten Jahre. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat der Türkei gerade erst die
44 Modernisierung der Panzer in Aussicht gestellt. Erneut rücken Menschenrechte und Demokratie
45 in den Hintergrund, weil ein lukratives Angebot für Rheinmetall winkt.

46 Auch die vermeintliche Entspannung der deutsch-türkischen Beziehungen ist nur Fassade,
47 solange Deniz Yücel und andere politische Geiseln unschuldig in Haft sitzen. Deniz Yücel
48 verdient unseren größten Respekt dafür, dass er in seinem letzten Interview deutlich gemacht
49 hat, nicht durch schmutzige Deals mit der Türkei freikommen zu wollen. Es muss der deutschen
50 und europäischen Außenpolitik gelingen, gegenüber der Türkei aus dem Teufelskreis aus
51 Abhängigkeit und Eskalation auszubrechen.

52 Wir GRÜNE haben intensiv über den Umgang mit den entstandenen Konflikten und deren
53 mögliche
54 Deeskalation diskutiert und sind nicht den leichten Weg vieler anderer gegangen, einfache
55 Antworten auf komplizierte Fragen zu geben. Wir haben uns für umfassende zivile und
56 politische Lösungen stark gemacht. Die kann es aber nur geben, wenn die internationale
57 Gemeinschaft ihren politischen Willen dazu deutlich erhöht.[\[1\]](#)

58 Wir kritisieren den Aufruf des türkischen Religionsattachés an die Gläubigen der DITIB-
59 Gemeinden, die Sieg-Sure (Fetih) zu beten, in der es um das Ziel der Eroberung geht.
60 Verherrlichung von Krieg und nationalistische Stimmungsmache lehnen wir ausdrücklich ab. Wir
61 appellieren, die Diskussion über die aktuellen Entwicklungen in Syrien mit Argumenten und
62 friedlich zu führen. Angriffe auf Moscheen oder kurdische Einrichtungen in Deutschland
63 verurteilen wir.

63 Mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- 64 • Die Bundesregierung muss sich für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs in
65 Nordsyrien einsetzen.
- 66 • Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und
67 Menschenrechte in der Türkei und in der Region zeigen. Das politische Handeln muss
68 konsequent auf die Unterstützung der verbleibenden demokratischen Kräfte in der Türkei
69 ausgerichtet werden.
- 70 • Alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei müssen umgehend gestoppt werden, bis die
71 Türkei zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt. Das gilt auch für die von
72 der türkischen Regierung geforderte Aufrüstung der Leopard-II-Panzer, die offenkundig
73 in der gegenwärtigen türkischen Militäroffensive eingesetzt werden. Ebenso gehören
74 Pläne zur Beteiligung deutscher Unternehmen an Rüstungskonsortien, wie sie jüngst im
75 Fall des Rheinmetallvorhabens zur Unterstützung des Aufbaus einer Panzerfabrik in der
76 Türkei öffentlich wurden, ausnahmslos beendet. Die Gesetzeslücke, die solche Pläne
77 ermöglicht, muss dringend geschlossen werden.
- 78 • Es braucht eine diplomatische Offensive gegenüber der Türkei Türkei und Vertreterinnen
79 und Vertretern der kurdischen Bevölkerung in der Region, um Druck für eine politische

- 80 Lösung der Kurdenfrage zu erreichen. Für die Zukunft der Region kann es nur eine
81 friedliche und politische Lösung geben.
- 82 • Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern
83 Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Die EU hat sich dadurch gegenüber der Türkei
84 erpressbar gemacht. Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden. Zugleich sollte damit die
85 europäische Unterstützung der über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei nicht
86 abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss oberste Priorität haben.
87 Auch braucht es dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
 - 88 • Die Bundesregierung muss den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die AKP-
89 Regierung erhöhen, damit Deniz Yücel und alle anderen politischen Gefangenen endlich
90 ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten und alle unschuldig Inhaftierten frei kommen.
 - 91 • Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion kann es erst geben, wenn die Türkei
92 eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Das gilt auch
93 für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen.
94 Europäische Heranführungshilfen sollten ausschließlich an zivilgesellschaftliche, pro-
95 demokratische Organisationen ausgezahlt werden. Die Beitrittsgespräche jetzt aber
96 komplett abzubrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und
97 demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene
98 Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.
- 99 [\[1\]](#) 2011 in Kiel: „Das Regime in Syrien international isolieren – Die syrische Opposition
100 unterstützen“; 2012 in Hannover: „Für eine friedliche, freie und demokratische Zukunft
101 Syriens“; 2013 in Berlin: „Friedensprozess in Syrien unterstützen“; 2014 in Dresden:
102 „Syrienkrise: Die Augen vor der humanitären Katastrophe in der Region nicht verschließen“
103 sowie in Hamburg: „Europäische Friedenspolitik Warum wir europäisches Engagement in der
Welt
104 brauchen“ und „Europäische Friedenspolitik BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN helfen den Menschen in
105 Kurdistan, dem Irak und Syrien!“; und 2015 in Halle: „Lokal und global: Fluchtursachen
106 angehen statt Symptome bekämpfen“, „Nous sommes unis - Mit Besonnenheit und Solidarität
107 gegen die Angriffe auf Freiheit und Demokratie“ und „Für Frieden und Freiheit in der
108 Türkei“; 2016 in Münster [Syrien und Irak: tun, was möglich ist. Humanitäre Hilfe leisten -](#)
109 [politische Lösung voran bringen.](#)

weitere Antragsteller*innen

Cem Özdemir (Stuttgart KV); Berivan Aymaz (Köln KV); Agnieszka Brugger (Ravensburg KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Anna Cavazzini (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Michael Hack (Wetterau KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Laura Brehme (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Sara Nanni (Münster KV); Philipp Gärtner (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Martin Wilk (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Jürgen Trittin (Göttingen KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Pegah Edalatian-Schahriari (Düsseldorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Katharina Dröge (Köln KV); Norbert Czerwinski (Düsseldorf KV); Volker Beck (Köln KV); Firat Yakşan (Köln KV); Julian Carl Schreck (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Robert Wendt (Rhein-Sieg KV)